



Gestern im Landtag

Der Landtag hat gestern folgende Beschlüsse gefasst:

- 16. Die Nachtragskredite III/2002 wurden genehmigt.
- 17. Der Antrag zur Finanzierung und strategischen Ausrichtung der Lie-Comtel AG wurde mit 22 Stimmen befürwortet.
- 18. Das Raumplanungsgesetz wurde mit 24:1 Stimmen verabschiedet, zugleich wurde auch eine Volksabstimmung beschlossen.
- 19. Das Gesetz über den Elektrizitätsmarkt wurde verabschiedet.
- 20. Das Gesetz über die Rechtsanwältinnen wurde verabschiedet.
- 21. Die Abänderung des LKW-Gesetzes wurde verabschiedet.
- 22. Die Abänderung des Mehrwertsteuergesetzes wurde verabschiedet.
- 23. Mit der Beratung des Rechenschaftsberichtes von Landtag, Regierung und Gerichten 2001 wurde begonnen.

Heute im Landtag

Um 9.00 Uhr wird der Landtag heute mit folgenden Traktanden fortgesetzt:

- 23. Weiterberatung des Rechenschaftsberichtes von Landtag, Regierung und Gerichten 2001
 - 24. Genehmigung der Landesrechnung 2001
 - 25. Jahresbericht 2001 der AHV-IV-FAK-Anstalten
 - 26. LKW-Geschäftsbericht 2001
 - 27. Geschäftsbericht 2001 der Liechtensteinischen Gasversorgung
 - 28. Geschäftsbericht 2001 der Liechtensteinischen Post AG
 - 29. Geschäftsbericht 2001 der Liechtenstein Bus Anstalt (LBA)
 - 30. Notentausch betreffend Zusammenarbeit mit der Schweiz im Bereich der Zivilluftfahrt
 - 31. Jahresbericht 2001 der Delegation bei den EFTA/EWR-Parlamentarierkomitees
 - 31a. Anpassung der Entschädigung für den Präsidenten, seinen Stellvertreter sowie den Beisitzer des Obersten Gerichtshofes
 - 32. Personalplanung der Liechtensteinischen Staatsanwaltschaft
 - 33. Neufassung des Lehrerdienstgesetzes
 - 34. Information über die Situation in der Verfassungsfrage
- Beantwortung kleiner Anfragen durch die Regierungsmitglieder

Erntete für Vorgehen und Vorlage parteiübergreifend viel Lob: Regierungsrat Alois Ospelt.

Initiierte für die Weiler Schaanwald und Nendeln eine gesonderte Lösung: Der FBP-Abgeordnete Johannes Kaiser.

Bedeutendes Gesetzesvorhaben

Der Landtag hat gestern das Raumplanungsgesetz (RPG) mit grosser Mehrheit verabschiedet

Seitens aller drei im Landtag vertretenen Parteien wurde die von der Regierung in wesentlichen Punkten abgeänderte Raumplanungsvorlage gestern als für das Land bedeutendes Gesetzesvorhaben gelobt. Die breite Zustimmung im Landtag mit 24:1 Stimmen lässt für die vermutlich Ende September stattfindende Volksabstimmung hoffen.

Martin Frommelt

Angesichts der Wichtigkeit der Vorlage liess Landtagspräsident Klaus Wanger (FBP) entgegen der üblichen Gepflogenheiten vor der 3. Lesung noch einmal eine Art «Eintretensdebatte» zu. Dabei wurde parteiübergreifend insbesondere die umfangreiche Information in den Gemeinden und die daraus resultierende Nachbesserung seitens der Regierung gelobt. FBP-Fraktionssprecher Helmut Konrad: «Auch wenn mir persönlich ein griffigeres, strengeres Gesetz lieber gewesen wäre, möchte ich betonen, dass ich dieses Vorgehen unterstütze. Mir ist in diesem Fall der Spatz in der Hand lieber als die Taube auf dem Dach. Umso mehr hoffe ich, dass durch dieses Vorgehen die Akzeptanz

der Bevölkerung gross genug ist, damit die Gesetzesvorlage die Hürde einer Volksabstimmung zu nehmen vermag.»

Gemeindekompetenz gestärkt

Hugo Quaderer (VU) sagte, das Raumplanungsgesetz sei für ihn ganz klar eine Chance für Liechtenstein. Dass das Gesetz zu spät komme, möge wohl richtig sein, «aber lieber zu spät, als gar nicht». Aufgrund der Besitzstandswahrung als Kern der Vorlage erfolgt kein Eingriff in die Vergangenheit. Dies ist gemäss Quaderer ein wesentlicher Punkt für die Akzeptanz des Gesetzes. Von Kritikern sei versucht worden, dem Gesetz alles Mögliche auf teils emotionale Art anzuhängen. Laut Hugo Quaderer würden weder Planwirtschaft durchgeführt noch Enteignungen angestrebt. Vielmehr werde mit dem vorliegenden Raumplanungsgesetz die Verantwortung der Gemeinden gestärkt. «Nutzen wir also diese Chance für das Land», so Quaderer.

Faire Lösung für Mauren

Auch Johannes Kaiser (FBP) fand lobende Worte für den Weg der Regierung. Zugleich monierte er jedoch, dass die Gemeinde Mauren-Schaanwald hinsichtlich der Reservezone in der Vergangenheit gegenüber anderen

Gemeinden klar benachteiligt worden sei. Mauren-Schaanwald müsse «als faire und gleichberechtigte Ausgangslage dasselbe Recht zugestanden werden wie auch den anderen zehn Gemeinden», so der Maurer Vorsteher. Regierungsrat Ospelt versicherte ihm, dass Mauren auch nach Inkrafttreten des RPG Zonenentscheide selbstständig und frei vornehmen könne.

Kaisers Antrag, das eingeschränkte Verbandsbeschwerderecht ersatzlos zu streichen, erhielt nur fünf Stimmen. Auch die von ihm beantragte Senkung des geforderten Ausbaugrades von 80 auf 66,6 Prozent wurde mit nur 8 Ja-Stimmen abgelehnt.

Lösung für Weiler

Mehr Glück hatte Johannes Kaiser mit seiner Initiative, die Weiler Nendeln und Schaanwald als in sich geschlossene Siedlungsgebiete einer separaten Betrachtungsweise zu unterziehen. Einstimmig hat sich der Landtag dafür ausgesprochen, dass die Gemeinden für die Weiler unterschiedliche Entwicklungen festlegen und den Bedarf von Bauzonenflächen separat ermitteln können.

Absolut sicherer Tod

Die Liechtensteinische Gesellschaft für Umweltschutz (LGU) gelangte im Vorfeld der gestrigen Landtagssitzung

mit einem Schreiben an die Politiker, wonach die Vorlage schärfer gefasst werden sollte. «Die Abänderungsvorschläge der LGU würden den absolut sicheren Tod für die Vorlage bedeuten», hielt dazu Donath Oehri (VU) fest. Ähnlich sahen es offensichtlich auch die meisten anderen Abgeordneten.

Lehr- und Lernstück

Regierungsrat Alois Ospelt bedankte sich für die Zustimmung zu diesem «bedeutenden Gesetzesvorhaben». Die von ihm durchgeführte Informationstour in den Gemeinden habe er als eindrückliches «Lehr- und Lernstück in Sachen Demokratie und demokratisches Staatswesen» erfahren. Dabei hätte man einen Ausgleich zwischen verschiedenen Interessenskonflikten finden müssen, so Alois Ospelt. Wie die Debatte gezeigt hat, ist es der Regierung offensichtlich gelungen, diesen Ausgleich zu finden.

Personelle Auswirkungen

Für die Bearbeitung der Aufgaben der Raumplanung hat der Landtag mit 23 Stimmen zwei Stellen bewilligt. Nachdem bisher im Hochbauamt zwei Personen zu rund 150 Prozent für die Raumplanung tätig waren, wird somit durch die Stellenbewilligung lediglich ein zusätzlicher Kostenaufwand für nur 0,5 Stellen nötig sein.



Als einziger Abgeordneter stimmte der VU-Abgeordnete Erich Sprenger dem Raumplanungsgesetz nicht zu.

Lieber den Spatz in der Hand als die Taube auf dem Dach: FBP-Fraktionssprecher Helmut Konrad.

«Lieber zu spät, als gar nicht»: Hugo Quaderer (VU) zur Raumplanung.